

Social = Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. 8kerr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltiger Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Berlin, 22. November.

„Ein Ruf aus Oesterreich“ — so sagten wir in voriger Nummer, löst zu uns herüber — ein Ruf aus deutschem Land und ein Ruf um Gleichberechtigung, also in zweiseitiger Hinsicht von Interesse.

Es ist aus der Brochüre nicht mit Bestimmtheit zu ersehen, aus welchen Kreisen sie kommt. Jedoch scheinen die Verfasser insofern Conservative zu sein, als sie den Fortbestand und die gedeihliche Entwicklung des Habsburg'schen Oesterreichs wollen, während sie auf der andern Seite — und gerade dies macht uns die Brochüre so interessant — sich den Zeitideen in hohem Grade befreundet haben.

Ihren politischen Standpunkt bezeichnen die Verfasser der Brochüre also: „Wir wollen gute Deutsche, aber auch gute Oesterreicher sein.“ Sie sind der Ansicht, daß der Centralismus für Oesterreich zur Unmöglichkeit geworden ist. „Wir Deutschen wurden“ — sagen sie — „durch die politische Vorreißung von Deutschland dieses mächtigen Hinterlandes beraubt und das Uebergewicht des deutschen Elementes in Oesterreich ist und bleibt gebrochen. Wir müssen, wir mögen wollen oder nicht, uns mit den Ungarn auf den Fuß der Parität stellen und zu einem Compromiß schreiten, wozu das September-Patent uns freie Hand gegeben hat.“ Die Verfasser sind übrigens weiter der Ansicht, daß dieser Dualismus nicht nur kein Unglück, sondern ein Vortheil für die Entwicklung des Deutschthums in Oesterreich sein werde, da die Deutschen alsdann nicht mehr „ein bedeutendes Maß ihrer Kräfte zur Erhaltung einer unfruchtbareren und ihre eigene Entwicklung hemmenden Suprematie und zur Unterdrückung hochachtbarer Völker hergeben müßten.“ Die Verfasser meinen, die deutsche Cultur könne sich gerade dann freier entfalten.

Indessen — das ganze Getriebe der Parteien in Deutsch-Oesterreich überhaupt kann uns, so lange es den Boden der historischen österreichischen Monarchie nicht verläßt, denselben nicht zu negiren sucht, an und für sich nur wenig interessiren, weil wir zum Wohle Deutschlands den Untergang, das Auseinanderbrechen der österreichischen, d. h. Habsburg'schen Monarchie für unerläßlich halten; wenigstens in so weit, daß keine deutschen Länder mehr unter österreichischem Scepter ständen. Ob es in diesem letzteren Falle, d. h. nach Wegfall des ersten historischen Fundaments der österreichischen Monarchie überhaupt noch möglich wäre, daß diese Monarchie fortbestände, dies ist eine Frage, mit der wir uns hier nicht aufhalten wollen. Es genügt, festzustellen, daß die Mitglieder aller Parteien in Deutsch-Oesterreich bis jetzt versichern „gute Oesterreicher“ sein zu wollen und daß „gute Oesterreicher“

aus dem angegebenen Grunde uns wenig interessiren können.

Aber es ist in der That auch nicht die politische, es ist die sociale Seite der Brochüre, die uns als sehr beachtenswerth erscheint. Die von Lassalle in die Oeffentlichkeit geworfenen Ideen haben einen ungleich ausgebreiteteren Boden gefunden, als die Meisten glauben. Hierfür liefert die vorliegende Brochüre aus dem fernen Süden des Vaterlandes einen sprechenden Beweis und wir wollen daher nicht verfehlen, unsern Lesern einige größere Bruchstücke derselben mitzutheilen.

In Beurtheilung des früheren, auf die Februarverfassung gegründeten gesamtstaatlichen angeblichen Verfassungslebens in Oesterreich heißt es:

Sehen wir auf die abgethane februaristische Legislaturperiode: Die Regierung hat mehrere hunderttausend Steueranten (die Bourgeoisie) zu sich herangezogen,*) um mit ihnen die Gesetze, die sie früher allein schuf, zuzubringen. Diesen Steueranten war das genehm, und sie schickten gerne ihre Abgeordneten, welche mit der Regierung die neuen Gesetze vereinbarten. Diese unterscheiden sich von den früheren durch Nichts, als durch die Form, den Inhalt; der Geist ist derselbe, was keines Beweises bedarf. Dieses Bewußtsein lagert schwer in den tieferen Schichten der Bevölkerung, und aus denselben erscholl kein Wehklagen, als von Ungarn her Halt gerufen wurde. Ganz natürlich, diese Schichten waren bei dem ganzen Vorgang untheilhaftig, ihre ganze Berührung mit demselben bestand darin, daß sie die neuen Gesetze neben den alten befolgen und mehr Steuern und Soldaten abliefern mußten. Sie schwiegen und stummten, sie schickten ihre Söhne auf die Schlachtfelder, hüllten sich aber in das düstere Gewand des Schweigens. Die Folge war, daß Oesterreich die Probe nicht bestand, daß seine Kraft verlor.

Man klagt stets über Mangel an Intelligenz in Oesterreich, und am lautesten klagt die Bourgeoisie.

Wenden wir bei Vorarlberg, wo die Bourgeoisie am mächtigsten ist, und sich nicht selten als intelligent vorstellt.

Sie schuf als ihr bedeutendstes Gesetz die Gemeindeordnung und Gemeindevahl-Ordnung vom Jahre 1864.

Die Regierung wollte nach dem Vorgang des Gemeinde-Gesetzes vom Jahre 1849 die Ortsbeisitzer, Staatsbeamten, Offiziere, die mit Offiziersrang Angestellten, Personen, die einen akademischen Grad erlangt haben, sowie die Vorsteher und Oberschreiber der Volksschulen und die Direktoren, Professoren und Lehrer der höhern Lehranstalten, also die Personen, die man zur Intelligenz rechnet, wegen dieses ihres Charakters, ohne Rücksicht auf die Steuer in den ersten Wahlkörper legen. Das war nicht durchzubringen; außer dem Ortsbeisitzer, dem an der Spitze einer Behörde stehenden Beamten und den Stabsoffizieren mußten sich alle diese Personen eine dominatio capitum, eine Rechtschmälerung gefallen lassen und aus diesem Wahlkörper ausscheiden, wenn sie nicht zufällig der Steuergulden (wie es mit diesem beschaffen ist, haben wir angedeutet) für denselben würdig erscheinen ließ. Uns ist nicht bekannt, daß ein zweites Kronland mit solcher Rigorosität gegen die Intelligenz

*) Das Herrenhaus kann, weil aus anerkannten Ämtern und Vertretern der Regierung bestehend, keine besondere Legislaturperiode charakterisiren, weshalb wir nur vom Abgeordnetenhaus sprechen können.

verfahren wäre. Tirol, wie ehrte es nicht verhältnißmäßig in demselben Punkt die Intelligenzen, und man weiß, wie unsere Bourgeoisie über Tirol denkt. Wie soll bei einer solchen Gesetzgebung die Intelligenz aufkommen! Unsere Regierung wird nicht als zu intelligenzfreundlich angesehen, aber die von ihr durch den Februar beigegebenen Gesetze konnten sie wahrlich nicht auf bessere Wege bringen.

Wissenschaft ist Macht. Der achtbare Staatsmann, der dieses Wort den Oesterreichern zurief, hat sich verrechnet, die Wissenschaft ist ihm nicht zu Hilfe gekommen, und seine Macht zerfiel in Staub. Wahrlich, heutigen Tags ist ohne Wissenschaft Macht nicht mehr denkbar. Die Wissenschaft ist aber darüber längst im Reinen, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht bei Völkern von unserer Kultur ein unabwiesliches Bedürfnis ist. Niemand derselben lernt sich der gemeine Mann fühlen, wird an den Staat herangezogen und richtet sich an ihm auf. Jetzt ist er politisch eine Null, und er fühlt sich als solche. Mit diesem politischen Rechte angehaftet, gehen ihm die Sinne auf und öffnen sich die Schleusen geistiger Entwicklung. Niemand wird mehr Dankbarkeit erndten, als wer ihm diese Emancipation bringt. Aber voll und ohne Rückhalt muß sie ihm gebracht werden. Dann, aber erst dann wird die Intelligenz frei sich entwickeln und mit der bereits vorhandenen dem Staate sich zur Verfügung stellen. Auf sie muß Oesterreich sich stützen, denn nur sie bringt Leben und Kraft. — Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist der Pol, um den sich die Geschichte der Kulturstaaten heute dreht. Wer demselben und dem darin liegenden Kulturprinzip sich widersetzt, über den wird die Geschichte hinwegrollen und die Nemesis wird ihr Werk vollbringen. Der weiseste der Menschen erprob das Wort „Gleichheit“ zur zwingenden Nothwendigkeit, und wahrlich, eher werden Himmel und Erde vergehen, als dieses Wort.

Hierin, und nur hierin liegt die Lösung der schwierigsten Frage unserer Zeit, die der socialen Frage. Sie muß gelöst werden, und kann es nur mittelst gleicher Vertheilung der politischen Rechte, denn alle gereifte, männliche Vernunft muß zu deren Lösung verwendet werden. Sie involvirt die Nietenarbeit der Entlastung des gemeinen Mannes, der Entlastung der Arbeit. Grund und Boden wurde entlastet und der gemeine Mann unter ein individualisirendes, romanisches, abstrakt für alle gleiches Recht gestellt und dann hieß es, alle Bürger seien vor dem Gesetze gleich. Man überließ den gemeinen Mann, losgerissen von seinen früheren Concomiten, seinem Schicksal. Bald machte sich das in der Natur geltende Gesetz, daß der größere Körper den kleineren anzieht, wirksam, und es entstand die Herrschaft des Kapitals, die wir auch bei uns kennen zu lernen Gelegenheit haben. Einige sind groß geworden und mächtig, und steigen auf und gehen unter und verbreiten einen Glanz wie die Sonne, ihre Mitbürger sind klein geworden und schwächlich, zeigen die blasser Farbe des Mondes und bewegen sich um die Großen herum wie Trabanten. Sie arbeiten von früh bis Abends, bringen Produkte zu Stande, daß die Welt damit übersät wird, aber davon fällt ihnen Nichts ab, als ein Lohn, der gerade hinreicht, sie zu fernerer Arbeit brauchbar zu machen und für Nachwuchs zu sorgen. Das Erträgniß der Arbeit bleibt in den Taschen der Unternehmer, und wir wissen, daß es sich dort zu Millionen und anderen Millionen erweitert hat und erweitert. Gerade so war es zur Zeit der Grundherrschaften. Der Grundherrscher arbeitete und schweißte, der Grundherr steckte das Erträgniß ein. Wir wissen

aus der Geschichte, daß es so nicht bleiben konnte; sollte der jüdische Zustand bleiben? Wärelch, dann hätten wir Leben und Vernunft umsonst bekommen!

Vortrefflich! Die sociale Auffassung läßt hier kaum etwas zu wünschen übrig. In demselben Geiste ist denn auch der Schluß der Brochüre gehalten, wofelbst es heißt:

Association der Arbeiter zu eigenen Unternehmungen (Produktiv-Associationen) und Nationalisirung unseres Rechts müssen wieder gut machen, was der Romanismus verdorben hat.

Diese Associationen und Nationalisirung können aber natürlich nicht ohne Intervention des Staates zu Stande kommen, diese Intervention wird und muß aber kommen, sobald — das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung durchgeführt sein wird. Ihm wird die spontane Auffassung des Nationalgeistes folgen.

Die Schlachtenrufe des Schulze-Dehligsch und Lassalle's haben allerorts geübt und im preussischen Parlament bereits höchst beachtenswerthen Widerhall gefunden. In diesen Männern erkennen wir die Signatur unserer Zeit, und es ist ein Charakterzug derselben, daß der todtte Lassalle in den Augen vieler Lesende als ein Messias angesehen wird. Freilich ist es düster, daß es so kommen mußte.

In Oesterreich ist die sociale Frage nicht so akut, aber doch schon vorhanden. Auch uns steht ihre Lösung bevor. Wir müssen auf sie gefaßt sein. Wir wollen und dürfen nicht hinter den Deutschen außerhalb unserer Grenzmarken zurückbleiben. Wir müssen vorwärts, wenn wir nicht die Patria's des deutschen Volkes werden wollen. Stillstand im politischen Leben ist Rückschritt, Rückschritt ist Verderben. Wir wollen das Wohl unseres Vaterlandes, wir wollen, daß Oesterreich stark werde, stark und mächtig wie nie zuvor, aber die unerlässliche Voraussetzung des Erfolgs ist, daß es uns zu Rechten helfe, die uns stark, die uns fähig machen, den Staat zu heben und eine Stütze zu sein nach innen und nach außen.

Wir wollen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für unsere Ländergruppe.

Für das Reich wollen wir Gleichberechtigung der Gruppen.

Wir sehen voraus, daß wir in den legalen Vertretern unserer deutschen Kronländer, d. h. in der Bourgeoisie, Gegner finden werden, denn freilich ihr Interesse wird hierbei zunächst nicht gefördert. Aber würde die Regierung, deren Beruf es ist, dem Recht zum Recht zu verhelfen, damit es nicht zum Nothrecht werde, mit unserm Antrag antworten, wird die Bourgeoisie, soweit sie wir bereits entwickelt, nicht widerstehen können? In den Händen der Regierung ist es also gelegen, zu helfen, wo zu helfen ist, und wo die Hilfe für sie und das Reich zum Heile gereicht. Unser Ruf ist gerecht und dient einer heiligen Sache, der Sache des Vaterlandes. Solche Rufe entstehen in Zeiten der Noth und man kann sie nicht ungehört überhören.

Wir brauchen diesen Citaten kaum etwas hinzuzufügen. Klar vor Augen liegt die Absicht der Verfasser: sie wollen durch Kräftigung des socialen Elementes auch das politische Element in Oesterreich heben. Und da sie „gute Oesterreicher“ sind und somit nicht sehr erfreut sein werden, daß Preußen, nicht Oesterreich, das Uebergewicht in Deutschland errungen, so muß angenommen werden, daß sie zugleich der Ansicht sind, Oesterreich könne durch große sociale Reformen der preussischen Regierung ein Gegengewicht in Deutschland setzen.

Sollte man noch zweifeln können, welches Gewicht die Herren Verfasser der Brochüre auf die sociale Seite ihres Programms legen, so wollen wir die bezeichnenden Worte anführen, welche sich in diesem Betreff in dem Begleitschreiben, welches uns mit der Brochüre zugegangen ist, finden.

In diesem Schreiben heißt es:

„Sie werden es freudig begrüßen, daß man Lassalle's Hebel verwendet, um den Kaiserstaat aus dem Moraste zu heben. Es giebt hier Viele, die meinen, wenn dieser Hebel nicht ausreichte, sei die Hebung überhaupt unmöglich.“

R u n d s c h a u.

Berlin, 22. November.

Das andauernd gespannte Verhältnis zwischen der preussischen und österreichischen Regierung im Zusammenhalt mit der gegenwärtigen politischen Constellation in Europa, mit dem Interessenstreit der Rabinette, läßt es kaum zweifelhaft erscheinen, daß trotz der preussischen Erregungen des verflorenen Sommers die Constituirung Gesamt-Deutschlands nichts weniger

als gesichert sein und auf friedlichem Wege zu Stande kommen dürfte. Sicher wird Oesterreich, so weit dies auf der schlüpfrigen Basis des Prager Friedensvertrages möglich ist, Alles aufwenden, einen Anschluß Süddeutschlands an den preussischen „Norddeutschen Bund“, im eigenen Lebensinteresse, wie jeder begreifen wird: seiner deutschen Provinzen halber, zu verhindern. So verlautet denn auch neuerdings wieder von nach London gelangten Nachrichten über die Pläne des neuen österreichischen Ministers des Auswärtigen und des kaiserlichen Hauses, daß nach der Auffassung des Herrn v. Beust Oesterreich seine Stellung in Deutschland um keinen Preis aufgeben und eben so wenig dulden darf, daß der deutsche Süden vom Norddeutschen Bundesstaate verschlungen werde. Die unmittelbaren Folgen einer Verführung der österreichischen und preussischen Grenzen bei Salzburg würden in der Auffassung der deutsch-österreichischen Provinzen durch Preußen, des Wälschen Theils von Tyrol durch Italien und Galiziens durch Rußland bestehen. Einer Combination dieser drei Staaten gegenüber wäre Oesterreich ohnmächtig, und das einzige Mittel, ihr zuvorzukommen, wäre die Schöpfung einer starken südlichen Conföderation, mit den deutsch-österreichischen Provinzen als Kern. Außerdem müßten die Ungarn und Galizier verhöhnt werden, indem man ihnen eine gewisse Unabhängigkeit von der Central-Regierung gewährleistete. Den Ungarn sollte die Gefahr vor Augen geführt werden, der sie ausgesetzt wären, wenn es Rußland gelänge, seine Grenzen bis an die Karpathen vorzuschieben und seinen Agenten ein Thätigkeitsfeld unter den die Südbahänge der Karpathen bewohnenden Bosniaken zu eröffnen. Gleichzeitig müßte in Galizien die polnische Nationalität als der stärkste Verbündete Oesterreichs gegen die russischen Einverleibungstendenzen ganz besonders begünstigt werden. Erwägt man dazu, welche Bemühungen gegenwärtig Oesterreich für das Zustandekommen eines Bündnisses mit Frankreich auswendet, so wird man gewiß unserer Auffassung beipflichten. Massenhaft werden von Wien aus dergleichen Flugchriften verbreitet. Die eine: „Les Alliances austro-française et austro-prusse-russe“ etc., deren wir jüngst erwähnten, deducirt, daß ein österreichisch-französisches Bündnis nicht bloß Italien, Spanien und Portugal, sondern selbstverständlich auch Süddeutschland und ferner England, Holland, Dänemark u. s. fortzuziehen würde, so daß dann ganz Europa seinen „Kreuzzug gegen Preußen“ und Rußland antreten könne. Zweck ist vor Allem die Wiederherstellung Polens und der Sturz der Türkei, in welcher dann der Katholicismus unter der Ägide Frankreichs und Oesterreichs seine „civilisatorische Mission“ beginnt. Mit dem Islam zugleich wird auch die Demokratie zu Falle gebracht.

Wenn in Europa kein großer Krieg geführt wird zur Bewirklichung irgend einer großen Idee, so wird die Demokratie welche bei allen Nationen mächtig organisiert ist, bald die Herrin der Geschichte der Welt werden, und die vom Luxus beherrschten Völker werden in materialistischen Stumpfheit verfallen, um schließlich den Ausschweifungen der Anarchie oder der tyrannischen Herrschaft eines Autokraten anheimzufallen. Frankreich sowohl wie Oesterreich haben von der demokratischen Bewegung, welche sich überall in Europa manifestirt, Alles zu fürchten, und kein König ist zu dieser Stunde sicher, am nächsten Morgen auf seinem Throne zu erwachen. Die österreichisch-französischen Allianzen kann jedoch alle Gefahren beschwören.

Andererseits will man denn auch in gut unterrichteten politischen Kreisen wissen, die preussische Regierung sei durch gewisse neueste Nachrichten aus Paris zu dem Entschlusse geführt worden, sich gegen die Süddeutschen Staaten künftig einer weniger ablehnenden Diplomatie zu befleißigen und für das „Norddeutsche Parlament“ die Eigenschaft eines constituirenden Körpers zu gewinnen. — Das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes ist, nach der neuesten „Prov.-Corresp.“, durch eine besondere königl. Verordnung nunmehr auch in den neu erworbenen Landestheilen eingeführt worden. Die preussische Regierung wird, derselben Quelle zufolge, die Vorbereitungen zu den Wahlen nach allen Richtungen so entschieden fördern, daß mit der Ausführung der Wahlen am

Anfange Februars vorgegangen werden kann. — In Betreff der Dotations-Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus, hört die „Nordd. A. Z.“, daß die Regierung entschlossen ist, vertrauensvoll die Namen derjenigen Männer zu bezeichnen für welche eine Belohnung in Anspruch genommen wird. Auch seien die Angaben der Zeitungen in der Beziehung richtig, daß es ursprünglich die Absicht gewesen, die Belohnung nicht bloß auf die Heerführer zu beschränken, sondern auch auf Staatsmänner auszudehnen, daß aber auf den Wunsch des Grafen Bischoff die Beschränkung auf die Heerführer erfolgt ist. Die „Prov. Corresp.“ dagegen sagt, daß „der König und seine Regierung es nicht zulassen kann, daß die Entscheidung über das Verdienst seiner Unterfeldherren von anderer Stelle als von ihm selber und von ihm allein gefällt werde.“ — Im Abgeordnetenhaus ist ein Antrag und Gegenentwurf des Abg. Hoppe auf Herstellung von Schwurgerichten für politische und Preß-Vergehen eingebracht worden. — Es verlautet, daß die preussische Regierung sich mit der Frage beschäftigt, ob es nicht angemessen erscheine, dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zu machen, welche sich gegen die Wählbarkeit der Beamten ausspricht. — Aus Mitgliedern der liberalen Fractionen des Abgeordnetenhauses hat sich in Berlin ein „Central-Wahlcomitee“ für das norddeutsche Bundes-Parlament gebildet, das einen Aufruf veröffentlicht und versandt hat. Die Unterschrift haben nur geweigert aus der Richtung nach rechts Twisten und aus der Richtung nach links van der Leeden. — In Oesterreich sind nunmehr die Landtage eröffnet worden. Im niederösterreichischen Landtage hat Baron Pratobervera, der ehemalige Justizminister im Kabinette Schmerling, mit gutem Erfolg die Abfassung einer Adresse beantragt, in welcher dem Landtage Gelegenheit geboten werden soll, sich über den Einfluß der Sistrungspolitik auszusprechen. — In Salzburg kam der Austritt Oesterreichs aus Deutschland zur Sprache und der Erzbischof Tarnoczy erklärte, daß jene Nothwendigkeit alle Deutsch-Oesterreicher schmerzlich berührt habe. — Daß in Innsbruck der Regierungs-Kommissar erklärte, Oesterreich denke nicht daran, Südtirol abzutreten, ist begreiflich, daß jedoch in Tyroler Landtage selbst eine desfallsige Interpellation stattfinden konnte, ist in der That sehr charakteristisch.

In Pesth ist, wie schon erwähnt, am 19. v. M. der ungarische Landtag eröffnet worden. Obwohl der Inhalt des kaiserlichen Rescripts, wie wir schon angedeutet, sehr entgegenkommend gehalten ist, so wurde doch dessen Verlesung in beiden Häusern mit lautloser Stille aufgenommen. — Wir müssen uns auch heute auf die Mittheilung des Hauptinhalts des Rescripts beschränken. Dasselbe deutet zunächst für die bevorstehenden Beratungen einige Hauptgesichtspunkte an. Namentlich müsse eine Einheit des Heerwesens sowohl in der Führung und Organisation, als auch durch übereinstimmende Grundsätze bezüglich der Dienstzeit und der Heeresergänzung unabweislich gewahrt werden. Das Zollwesen, die indirecte Besteuerung und das Staatsmonopolwesen seien nach vereinbarten gleichen Grundsätzen zu ordnen. Ebenso erfordern das Staatsschulden- und Creditwesen eine einheitliche Behandlung. — Wenn nach dem Resultate dieser Beratungen die Schwierigkeiten bezüglich der zu wahrenenden Garantien für den Gesamtstaatsverband als beseitigt angesehen werden könnten, so sollen auch die Wünsche und Ansprüche Ungarns durch Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und durch Wiederherstellung einer municipalen Selbstverwaltung erfüllt werden. Ein verantwortliches Regierungssystem solle indeß nicht bloß in Ungarn, sondern allgemein zur Geltung gebracht werden. Die detaillirte Anwendung der zu vereinbarenden Prinzipien, sowie der Modifikation der 1848er Gesetze solle im Wege eines zu ernennenden verantwortlichen Ministeriums im Einvernehmen mit dem Landtage bewerkstelligt werden.

In Paris wird die Untersuchung gegen die Verhafteten des Quartier Latin mit großem Eifer betrieben; trotzdem scheint es der Regierung schwer zu fallen, einen Grund zu einer Anklage auf ge-